

Budapestre vonatkozó újságcikkek

Szerző:

Cím: Das Budget der Hauptstadt für 1920

Forrás:

Pester Lloyd

Hely

Idő

"1920"

Személy



Sp.
(Hely)

1920 XI 25
(Idő)

Kommunal-Angelegenheiten.

Das Budget der Hauptstadt für 1920.

— Ordentliche Generalversammlung. —

Budapest, 24. November.

In der heutigen Generalversammlung begann die Debatte über das Budget für 1920. Der liberale Block hat an der Debatte nicht teilgenommen; die Demokraten hielten sich wohl ursprünglich mit der Absicht getragen, im Laufe der Debatte ihren Standpunkt zu erörtern, doch haben sie im letzten Moment diese Absicht aufgegeben. Den größten Teil der heutigen Sitzung füllten Anträge und Interpellationen, sowie die Wahlen verschiedener Funktionäre aus, so daß nur geringe Zeit dem Budget gewidmet werden konnte. Außer dem Bürgermeister sprach nur noch Dr. Karl Wolff zu dem Budget; seine Ausführungen deckten sich im allgemeinen mit der Rede, die er in der Sitzung der Finanzkommission gehalten hatte, doch war er heute gegenüber dem Kapital weniger aggressiv, gegen das er keine solchen Drohungen ausließ wie in der erwähnten Sitzung.

Nach Eröffnung der Generalversammlung widmete stellvertretender Oberbürgermeister Dr. Eugen Sipőcz dem verstorbenen Eßlergomer Domherrn und gewissen Stadtrepräsentanten Karl Kanter einen warmen Nachruf.

Vor der Tagesordnung stellte Stadtrepräsentant Johann Szigeti den Antrag, daß der Magistrat den Mitgliedern der Stadtverwaltung die Beschäftigung der Betriebe und Institute der Hauptstadt ermöglichen soll. Es liege im Interesse der Hauptstadt, daß die neuen Stadtrepräsentanten die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Institutionen kennen lernen. — Josef Bálffy nahm gegen jenen Beschluß der Approbationskommission Stellung, nach dem das in Verkehr zu bringende Weizenmehl mit dem Brotmehl gemischt werden soll. Redner wünscht, daß das Weizenmehl reinem Zustande, mit anderen Mehlsorten ungemischt, in Verkehr gebracht werde. (Zustimmung.) — Beide Anträge wurden an den Magistrat geleitet.

Es folgte hierauf die Verhandlung des Budgets für 1920. Bürgermeister Dr. Eugen Sipőcz gab die Resultate des Budgets sowie die auf die Deduktion des Defizits bezüglichen Vorschläge des Magistrats und der Finanzkommission bekannt. Der Magistrat werde, sagte er unter anderem, alle

Kräfte dem Dienste der christlichen Handels- und Gewerbes nach die Interessen des christlichen Handels und Gewerbes nach die Möglichkeit fördern. Zum Schluß sprach er die Hoffnung aus, daß die Regierung die Hauptstadt aus ihrer trübsamen Lage befreien werde.

Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Bürgermeisters begann die Generaldebatte. Den Vorsitz hatte Vizebürgermeister Ludwig v. Volkasházy übernommen.

Der erste Redner, Dr. Paul Wolff, Präsident der Christlichen Kommunalpartei, erklärte, daß die Partei für die ungünstigen Ergebnisse des Budgets keine Verantwortung übernehmen könne. Man müsse die Regierung darauf aufmerksam machen, daß die Unterstützung der Hauptstadt im Interesse des ganzen Landes liege. Redner trat der Ansicht „einiger Pessimisten“ entgegen, nach der die christlich-nationale Richtung keine geeignete Grundlage zur Sanierung der irrischen wirtschaftlichen Verhältnisse bilde. Sämtliche wirtschaftlichen Faktoren des Landes müssen sich auf die Grundlage der christlichen Moral stellen, denn nur in diesem Falle werde das geschwächte Land wieder zu Kräften gelangen. Er richtet einen Appell an das Kapital, seinen Egoismus zu unterdrücken und sich ebenfalls von den Prinzipien der christlichen Ethik leiten zu lassen. Jeder müsse nach Kräften Opfer bringen, um zu ermöglichen, daß das Land sich wieder erhole. Redner kritisierte sodann die Wirtschaft des „früheren Regimes“; seine Partei lehne jede Verantwortung für die Folgen dieser Wirtschaft ab. In der Zukunft müsse die Steuerpolitik einer gründlichen Revision unterzogen werden. Alle Lasten dürfen nicht ausschließlich den Haus- und Grundbesitzern aufgebürdet, sondern müssen die sich vertriehenden Steuerpflichtigen aus ihren Verstecken hervorgeholt werden. Wer fortwährend nach Wiederherstellung der Rechtsordnung schreie, müsse für die Rechtshandlung auch Opfer bringen können. In Zukunft müsse man das Einkommen auf progressiver Grundlage besteuern. Die Steuerlast der Bevölkerung dürfe nicht erschwert, sondern müsse rationell ausgenützt werden. Redner argürierte sodann die Erhöhung der Bezüge der Religionslehrer. Das religiöse Leben müsse gehoben werden, und zwar ohne Ausnahme bei allen Konfessionen.

Forten müsse auch im kommunalen Leben der nationale Gedanke zur Herrschaft gelangen; wer sich dieser Richtung nicht anschließe, müsse als Feind behandelt werden.

Nach Mitteilung des Resultats der heutigen Wahlen, das wir an anderer Stelle veröffentlichen, wurden mehrere Interpellationen eingebracht. Zunächst beantwortete Magistratsrat Anton Lill eine Interpellation Josef Bálffys wegen der Einschränkungen des Straßenbahnverkehrs. Magistratsrat Lill betonte, diese Einschränkungen seien teils auf den Kohlenmangel, teils darauf zurückzuführen, daß an die Leistungsfähigkeit der Straßenbahnen zu große Anforderungen gestellt werden. — Die Antwort wurde zur Kenntnis genommen.

Eugen Bieber interpellierte wegen der „Verfolgung christlicher Arbeiter beim Elektrizitätsbetriebe“. Der Interpellant behauptete, daß christliche Arbeiter dieser Werke von einzelnen Funktionären der Leitung verfolgt werden. Er verlas verschiedene „Protokolle“, die gehässige Angriffe gegen den Generaldirektor Deutsch und gegen andere Mitglieder der Direktion enthielten. Generaldirektor Deutsch wird in den sogenannten, auf Grund der Aussagen entlassener Arbeiter angenommenen Protokollen als „destruktiv“ hingestellt, und auch andere Direktionsmitglieder, nach den Protokollen „schamlose Juden“, bilden Gegenstand ähnlicher Angriffe.

Redner bemängelte, daß der Direktion ein Auto zur Verfügung stehe, das dem Betrieb horrenden Kosten verursache. Es sei fahrbereit, daß auch Vizebürgermeister Buzáth dieses Auto benütze.

Als Bieber seine Interpellationen beendet hatte, riefen mehrere Stadtrepräsentanten: „Wo bleiben die Verfolgungen der Arbeiter?“

Vizebürgermeister Dr. Johann Buzáth, in dessen Wirkungskreis die Elektrizitätswerke gehören, richtete an den Interpellanten die Frage, ob er sich von der Stichhaltigkeit der vorgebrachten Anklagen überzeugt habe und sich mit ihnen identifiziere. Wenn nicht, so werde er die Interpellation überhaupt nicht beantworten, wenn aber ja, dann werden drei Mitglieder der Direktion, Paul v. Joanovich, Dr. Johann Póssalka und Dr. Franz Uffty, die Sache gründlich untersuchen. Im Interesse seiner Beamtenreputation müsse er noch erklären, daß er das erwähnte Auto wohl benütze, doch niemals zu persönlichen, sondern stets zu amtlichen Zwecken. Der Elektrizitätsbetrieb könne das

Auto, das vorzügliche Dienste leiste und auch zu Inspektionszwecken diene, nicht entbehren. Zum Schlusse erklärte er mit erhobener Stimme, das Auto auch in Zukunft zu benutzen.

Der größte Theil der anwesenden Stadtrepräsentanten nahm die schneidige Antwort Dr. Buzáth's mit lebhaftem Beifall auf.

Eugen Bieher äußerte den Wunsch, an der Untersuchung teilzunehmen. — Vorsitzender Ludwig v. Fölks-házy erwiderte: Das können Sie, doch nur als Ankläger, nicht aber als Richter!

Dr. Julius Szöke konstatierte in seiner Interpellation mit Bedauern, daß verschiedene Kommissionen noch nicht einberufen wurden. — Bürgermeister Dr. Sipöcz bemerkte, daß der bemängelte Umstand auf die in der Beamtenrestauration eingetretene Verzögerung zurückzuführen sei.

Josef Bály bemängelte, daß der Bericht nicht regelmäßig abgeführt werde.

Um viertel 9 Uhr wurde die Beratung abgebrochen; sie wird Freitag nachmittag fortgesetzt werden.

Die Haltung der Demokratenpartei.

Gestern war das Gerücht verbreitet, die Demokraten würden an der Budgetdebatte teilnehmen. Wie wir erfahren, war wohl in der Partei die Teilnahme an der Debatte in Erwägung gezogen, der endgültige Beschluß aber bis zur Rückkehr des abwesenden Präsidenten in Schwebe gehalten worden. Nach der Rückkehr des Präsidenten Dr. Marzell Baracs fand heute eine Parteikonferenz statt, in der die Ansicht zur Geltung kam, daß jene Momente, die die Partei auch bisher schon von der Teilnahme an den Verhandlungen der Stadtrepräsentanz abgehalten haben, noch immer obwalten, ja, wie es die Haltung der Majorität in den Kommissionen beweist, in noch viel schärferem Maße als bisher. — Wie richtig dieser Beschluß war, beweist der Umstand, daß das Fernbleiben des liberalen Blocs die Majorität sehr unangenehm berührte.